

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — Postcheckkonto Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauscher Str. 10/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 18693. — **Berlag in Leipzig,**  
Tauscher Straße 10/21 — Telephon 4598

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelspalte oder deren Raum 1.00 M., bei Platzvorkauf 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Spalte 1.70 M. Reklame-Kolonelspalte 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Frankreich und die Reichsgerichtsurteile.

Berlin, 12. Juli. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Wie unser Berliner Korrespondent erfährt, wird die französische Regierung vorläufig keine offene Kundgebung an die deutsche Regierung zur Begründung oder Erklärung der Absetzung ihrer Delegierten zu den Leipziger Prozessen erlassen. Die französische Regierung beabsichtigt, die Frage zunächst auf sich beruhen zu lassen und im Zusammenhang mit den übrigen politischen Fragen auf der nächsten Konferenz des Obersten Rates zu besprechen.

Das heißt, Frankreich wird die Sprüche des Reichsgerichts in den Kriegsverbrecherprozessen benutzen, um von seinen Verbündeten die Ermächtigung zur Aufrechterhaltung der Sanktionen zu erlangen. Düsseldorf usw. werden für Leipzig büßen müssen.

## Briands Außenpolitik.

Die Kriegsverbrecherprozesse und die Sanktionen.

Paris, 11. Juli. (Kammer.) Nachdem Briand zunächst über die spanische Frage gesprochen hatte, wandte er sich der äußeren Politik zu und sagte u. a.: Frankreich besitzt zur Wahrung seiner Interessen und Wünsche die nötigen Kräfte, welche es auch seien. Die öffentliche Meinung in Deutschland mag vom Geiste der Alldeutschen ergriffen werden, sie mag es ablehnen, aus den Ereignissen die richtige Lehre zu ziehen und den demokratischen Erzeugnissen zum Siege zu verhelfen; sie mag selbst von einem Nachfeldzug sprechen; eine Tatsache bleibt nichtbedenklicher bestehen: Frankreich steht am Rhein und kann nicht zugeben, daß Deutschland so umgestaltet wird, daß es eine Bedrohung für Frankreich darstellen könnte.

Briand trägt nunmehr den französischen Standpunkt in der obersten Frage vor: Frankreich halte sich nur an den Friedensvertrag. Die Tatsachen scheinen zugunsten Polens zu sprechen, und es müssen schon schwerwiegende Beweisgründe gebracht werden, um zu einer andern Regelung zu kommen. Es müssen Vorkehrungen getroffen werden. Nun auf! Wir werden sie ergreifen!

Briand geht sodann zur Frage der Aburteilung der Kriegsverbrecher über. Deutschland tat so, als wolle es diese Aburteilungen vornehmen. Aber die französische Regierung mußte zu ihrem Bedauern feststellen, daß die Anwesenheit der französischen Abordnung in Leipzig vollkommen zwecklos war, da es sich ja doch nur um ein Theaterstück handelte.

Briand faßte die gegenwärtige Außenpolitik nochmals kurz zusammen und sagte, er habe ein militärisches Vorgehen jederzeit zu vermeiden gesucht. Wenn es aber unglücklicherweise die Alldeutschen gelingen sollte, das Ministerium Wirth zu vertreiben und Deutschland wieder in eine Politik zu stürzen, die für Frankreich gefährlich werden könnte, dann möge ein jeder wissen: Frankreich besitzt alles, was es brauche, um die Lage wieder herzustellen.

Briand fuhr fort: Wenn die Frage der Kriegsschuldigen vor die Verbandsregierungen kommen wird, werden sie Deutschland fragen: Habt ihr sie verurteilt? Wenn Wirth auch alles mögliche getan hat, um seine Verpflichtungen zu erfüllen, so genügt das doch nicht, um Frankreich zu veranlassen, auf die Sanktionen zu verzichten. Das ist unmöglich. Die eine Tatsache bleibt bestehen: daß Deutschland geschlagen und besieg ist. Auf französischer Seite wird es auf den festen Willen stehen, von der Durchführung seiner Verpflichtungen Kenntnis zu nehmen. (Beifall auf allen Bänken.)

Wir sind die letzten, die die Praxis des Reichsgerichts in den Kriegsverbrecherprozessen verteidigen. Aber gerade weil wir sie in jedem einzelnen Fall aufs schärfste kontrolliert und kritisiert haben, weil wir ihre Anzulänglichkeiten und klassenmäßige Beschränktheit klar aufgedeckt haben, steht uns das Recht zu, Briand das Recht abzusprechen, für die Tätigkeit und den Geist einer kleinen Körperschaft, die nicht berufen ist, Deutschland nach außen hin zu repräsentieren, ganz Deutschland verantwortlich zu machen und büßen zu lassen. Wenn die französische Regierung in ihrer Verzweiflung darüber, daß die Regierung Wirth alles mögliche getan habe, um ihre Verpflichtungen zu erfüllen, und daher der letzte Rechtsgrund für die Aufrechterhaltung der Sanktionen gefallen ist, auf ihrer kampfhaften Suche nach neuen Ausreden zur Aufrechterhaltung der Sanktionen sich an das Verlangen des Reichsgerichts klammert und es als Rechtsgrund für die Sanktionen proklamiert, so ist dem entgegenzuhalten, daß die deutsche Regierung sich lediglich dazu verpflichtet hat, die ihr von der Entente vorgelegten Listen vor das Reichsgericht zu bringen und schleunige Aburteilung zu veranlassen. Die Reichsregierung hat auch in diesem Punkte ihre Verpflichtungen erfüllt; weiter zu gehen war sie nicht verpflichtet und hätte auch gar keine Machtmittel dazu. Wenn die Entente mit der Regelung der Kriegsverbrecherfrage, der sie selbst zugestimmt hat, nicht zufrieden ist, so steht es bei ihr, eine andre Regelung vorzuschlagen. Für die Aufrechterhaltung der Sanktionen aber ist, nachdem auch die Entwaffnungsfrage so restlos gelöst ist, daß selbst Briand daran nichts auszusetzen hat, jeder Schein von Berechtigung verschwunden, ihr einziger Existenzgrund ist die unerlöschliche Magdiz des französischen Imperialismus, der die andern im Obersten Rat vertretenden Ententemächte zur Wiederherstellung des Friedens und der Wirtschaftskraft Europas in

ihrem eigenen Interesse allen Anlaß haben einen kräftigen Riegel vorzuschleiben.

## Wiederaufnahme der Reparationsverhandlungen.

Paris, 11. Juli. Heute werden am Quai d'Orsay unter Vorsitz des Ministers Loucheur die Verhandlungen über die Reparationsfrage zwischen Staatssekretär Bergmann, Reichskommissar Dr. Guggenheimer und den französischen Sachverständigen wieder beginnen.

## Uebergabe der ersten Schuldverschreibungen.

Berlin, 11. Juli. In Erfüllung der Verpflichtung aus Artikel 2 A des Zahlungsplans des Reparationsausschusses hat die Kriegsschuldenkommission dem Reparationsausschuß zum 1. Juli Schuldverschreibungen über 12 Milliarden Goldmark übergeben, die vom 1. Mai 1921 ab mit 5 Prozent verzinst und vom gleichen Datum ab jährlich mit 1 Prozent unter Zuwachs der durch Tilgung ersparten Zinsen, sowie durch Rückzahlung zum Nennwert getilgt werden. Als Sicherheit für diese Zahlungen bestimmt die deutsche Regierung an erster Stelle die Erträge der deutschen See- und Landzölle, insbesondere aller Ein- und Ausfuhrabgaben, die Erträge einer Abgabe von 25 Prozent auf den Wert aller deutschen Ausfuhr, soweit sie nicht bereits einer anderweitig auferlegten gleichen oder höheren Abgabe unterworfen ist, und schließlich die Erträge derjenigen direkten und indirekten Steuern oder Fonds, die von der deutschen Regierung vorgeschlagen und von dem Garantiekomitee in Ergänzung oder als Ersatz für die geforderten Fonds angenommen wurden. Die Schuldverschreibung ist befreit von allen deutschen Steuern und Lasten aller Art.

## Keine Vertreibung der deutschen Pächter Neuplens.

Berlin, 8. Juli. Das Generalsekretariat der Botschafterkonferenz überlieferte der Deutschen Botschaft in Paris folgende Note vom 4. Juli:  
Unter dem 30. Juni hat Herr Mayer dem Präsidenten der Botschafterkonferenz mitteilen lassen, daß die polnischen Behörden im Begriff wären, am 1. Juli mit der Vertreibung der Pächter der ehemaligen preussischen Domänen in den an Polen abgetretenen Gebieten zu beginnen. Herr Mayer hat die Konferenz ersucht, ohne Verzug zu intervenieren, um die drohenden Vertreibungen zu verhindern.

Das Generalsekretariat der Konferenz beehrt sich als Antwort auf diese Mitteilung den deutschen Botschafter wissen zu lassen, daß Herr Alphand, der mit der Berichterstattung in dieser Frage von der Konferenz beauftragt worden war, aus eigener Initiative bei der polnischen Delegation intervenierte, worauf diese sofort die polnische Regierung aufgefordert hat, die in Aussicht genommenen Vertreibungen einzustellen.

## Rückgabe von Beutefahrzeugen.

Berlin, 11. Juli. Bis zum 30. Juni 1921 sind der Entente 12 000 Beutefahrzeuge zurückgegeben, und zwar an Frankreich 3503 Staatsbahnwagen und 361 Privatwagen, an Belgien 8111 Staatsbahnwagen und 115 Privatwagen.

## Hat Amerika schon Frieden geschlossen?

Paris, 10. Juli. Chicago Tribune meldet aus Washington: Präsident Harding sei zwar der Wiedereinbringung eines radikal abgeänderten Versailler Vertrags geneigt, doch werde kaum etwas geschehen, ehe nicht die Antwort der Alliierten auf den amerikanischen Einspruch gegen die Mandatsverteilung durch den Völkerbund eingegangen sei. Der Generalanwalt Daugherty habe dem Kabinett einen Entwurf für die Friedensproklamation vorgelegt, doch werde bezweifelt, daß die Angelegenheit schon völlig reif sei. Inzwischen wisse man in amtlichen Kreisen nicht, ob die Vereinigten Staaten sich im Frieden mit Deutschland befinden oder nicht. Der Präsident sei der Ansicht, daß der Friede hergestellt wurde, als er die Resolution des Kongresses unterzeichnete, gewisse Kabinettsmitglieder seien aber im Zweifel, ob eine weitere Schrift zur Herstellung eines technischen Friedenszustandes nötig sei oder nicht.

## Eine Weltabrüstungskonferenz?

Neuroth, 11. Juli. Harding ging mit dem Vorschlag einer Abrüstungskonferenz schon über die Resolution Vorab hinaus. Washingtoner Meldungen besagen, daß eine nochmalige Erweiterung wahrscheinlich sei, so daß nicht eine Fünf-Mächte-Konferenz, sondern eine Weltkonferenz stattfinden würde.

## Die Tagung der Internationalen Arbeitsgemeinschaft.

Frankfurt, 11. Juni. Das Bureau der Internationalen Arbeitsgemeinschaft hält gegenwärtig in Frankfurt a. M. eine Konferenz ab, an der Ledebour, Friedrich Adler, Longuet, Wallhead und Grimm teilnehmen. In Anbetracht an die Konferenz haben in Frankfurt, Offenbach, Höchst, Darmstadt und in Wiesbaden Massenversammlungen stattgefunden, in denen die Führer der Internationale laufende Reden hielten. Alle Redner, insbesondere Longuet, wendeten sich scharf gegen die imperialistischen Bestrebungen der Weltmächte und gegen die Aufrechterhaltung der Sanktionen. „Jaurès hatte recht“, sagte Longuet unter kühnem Beifall, „als er sagte, es gäbe keinen schmerzlichen Feind des Vaterlandes, als gewisse Patrioten. Das Greßpreßungs- und Sanktionssystem dieser Patrioten hat es zuwege gebracht, daß 12 Milliarden für die Befestigung des linken Rheinufers verschwendet werden, für die man Tausende von Häusern im zerstörten Gebiete hätte wieder aufbauen können.“

## Stinnes und die Konzentration des Kapitalismus.

Der Kapitalismus der Nachkriegszeit steht völlig im Zeichen des industriellen Zusammenschlusses, der Konzentration. In ungeheurer Ausmaße wird Unternehmen an Unternehmen, Gruppe an Gruppe gefettet, Kapitalmächte türmen sich in die Höhe und sind in den Händen weniger Leute ein Mittel, der gesamten Wirtschaft ein bestimmtes Gepräge aufzudrücken, Produktion und Preisbildung zu beherrschen, neunzig Prozent der Gesellschaft unter ihre ökonomische Diktatur zu stellen. In dem allgemeinen Konzentrationsdrange ist das typische, daß sich einige besonders machtvolle Kapitalmagnaten entwickeln konnten, ähnlich den einstigen großen Feudalherren oder den modernen Latifundienbesitzern, aber doch mit dem wesentlichen Unterschiede, daß das bewegliche Industrie- und Finanzkapital weit günstigere Entwicklungsbedingungen bietet. Stinnes steht an der Spitze dieser rücksichts- und maßlosen Wirtschaftsdiktatoren. Die Beschäftigung mit diesem Manne und seinen Bestrebungen ist mehr als eine bloße Personenfrage. Der heute jedem Zeitungsleser geläufige Begriff Stinnesierung beherrscht das Wirtschaftsleben, in ihm verkörpert sich die Konzentration des Kapitals und der Produktionsmittel am stärksten. Für die Arbeiterklasse ist es eine Lebensnotwendigkeit, diese Vorgänge mit Aufmerksamkeit und Verständnis zu verfolgen. Dazu bietet ein kleines Schriftchen des rechtssozialistischen Publizisten Kurt Heinig willkommene Gelegenheit; einmal, weil darin eine Fülle teils bekannten, teils neuen wirtschaftlichen Materials in vorzüglicher populärer Darstellung geboten wird, zum andern ist es notwendig, daraus eindeutig und klar die Konsequenzen für die sozialistisch-proletarische Politik zu ziehen.

Heinig behandelt in großen Umrißen die Geschichte der Familie Stinnes. Vor etwa 100 Jahren begann Matthias Stinnes der Urgroßvater von Hugo Stinnes, den Grund zu der Firma zu legen. Charakteristisch ist von Anfang an der aus der Größe gerichtete Ausdehnungswille. Zuerst Transport- und Reederei, erwarb Stinnes bald Kohlenbesitz. Jede Grube wird gehalten, durch Ankäufe kommen neue hinzu. Der Aufschwung der deutschen Kohlenproduktion bringt auch die Firma Stinnes mehr und mehr in die Höhe. Hugo Stinnes begann seine Tätigkeit in der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft. Gestützt auf das Bankkapital (Bernhard Dernburg) entfaltete er eine wilde Spekulation, gewann Millionen, gliederte sich alle möglichen Montanbetriebe an. Die Deutsche Bank wird mißtrauisch und wendet sich von dem struppeligen Profitjäger ab. Der aber setzt sich durch. „Stinnes blieb der Auffassung, daß seine im wahren wahren Tempo vor sich gehende Gründungs-, Verschmelzungs-, Umbau- und Erneuerungspolitik richtig sei. Groß wollte er werden, groß, größer am größten. In den letzten Jahren vor dem Kriege hatte er es erreicht, „Deutsch-Lux“ gehörte, allerdings auf schwankendem Boden, von maßhaltigen Konstruktionen gestützt, durch tolle Finanzoperationen über Wasser gehalten, zu den bedeutendsten Mitgliedern des Stahlwerksverbands. In Formellen stand es schon 1910 an erster Stelle in Deutschland, neben Krupp, Phönix und Gelsenkirchen hatte sich ein neuer Montanriese aufgebaut, der an Kapital und Betriebsumfang sich sehen lassen konnte: Deutsch-Lux. Und hinter ihm sah Hugo Stinnes; es war sein Wert.“

Die Konzentrationstätigkeit beschränkte sich indes vor dem Kriege nicht bloß auf Stinnes und die Montanindustrie. In der Elektroindustrie ging sie in demselben Riesentempo vorwärts. Zwei Konzerne hatten sich bereits herausgebildet; der erste unter der Führung der AEG, der zweite mit Siemens-Schuckert als Spitze. Von absoluten Gegensätzen zwischen diesen beiden Elektrotiefen konnte schon gar nicht mehr die Rede sein. Durch ihre Tochtergesellschaften und gemeinsamen Gründungen, namentlich die Schaffung der Elektrotreuhandgesellschaft in Hamburg, deren Aufgabe die Finanzierung großer Aufträge war, trat eine enge Interessengemeinschaft zwischen AEG und Siemens-Schuckert ein. Diese Beziehungen sind später noch besser ausgestaltet worden, insbesondere durch die völlige Verständigung in der Glühlampenfabrikation. An der Osramgesellschaft, dem deutschen Glühlampenmonopol, sind AEG und Siemens-Schuckert gleichmäßig beteiligt, jede Konkurrenz ist ausgeschlossen. In der Akkumulatoren-Fabrik Hagen sind Siemens und AEG gleichmäßig vertreten, desgleichen in der Deutsch-Überseeischen Elektrizitätsgesellschaft. Da zu der Siemensgruppe faktisch auch die Bergmann-A.-G. gehört, ist in der Elektroindustrie die Konkurrenz so gut wie ganz aufgehoben. Das ist wichtig für die Beurteilung der Stellung der unter der Leitung von Stinnes stehenden Rhein-Eisen-Union, zu der die Siemensgesellschaften gehören.

\* Stinnes und seine 600 000 Arbeiter von Kurt Heinig, 48 S. Verlag Dietz, Stuttgart und Buchhandlung Vorwärts Berlin, Preis 3.50 M.

Während des Krieges wurde die Zusammenhaltbarkeit etwas unterbrochen; aber nach Kriegsende setzte sie mit einer noch nicht gekannten Schnelligkeit ein. Zweifellos hat die wirtschaftliche Depression diese Tendenz nachdrücklich gefördert. Die führenden Kapitalmächte wollten die Probe aufs Exempel machen; sie wollten gegenüber den Wirtschaftskritikern und den Sozialisierungsforderungen den Beweis erbringen, daß es auch unter dem kapitalistischen System möglich ist, aus der Zusammenbruchswirtschaft wieder herauszukommen. Beschränkt man sich vor dem Kriege darauf, die organisatorische Zusammenfassung eines Wirtschaftszweiges durchzuführen, so schritt man nach dem Kriege über diese Grenze hinaus und betrachtete die ganze Wirtschaft als das gegebene Zusammenhaltungsgebiet; man kam von der vertikalen zur horizontalen Konzentration. Helwig schildert diese Veränderung folgendermaßen: „In Deutschland sind jetzt erhebliche Teile der Ur- und Grundprodukte der industriellen Arbeit — Kohle und Eisen — über ihre Verarbeitungs- und Veredelungsstadien hinweg, mit Einschluß der dazu notwendigen Transportmöglichkeiten, also auch mit Handel und Schifffahrt, mit einer der wichtigsten Fabrikate-Industrien verbunden, der Elektrofabrikation. Diese wieder hat hinter sich einen gewaltigen Apparat der Konsumentenbeherrschung, des Warenabfahes und der Konjunkturförderung. Das alles ist zu einem riesenhaften Ganzen zusammengefaßt. Das ist der Staat im Staate, das ist ein Millionenheer von Arbeitern unter einem Generalkommando.“

Die Führung in der wirtschaftlichen Verschmelzung von Montan- und Elektroindustrie liegt in den Händen von Stinnes. Zunächst schuf er sich in der Montanindustrie eine breitere Basis. Mit „Deutsch-Lux“ werden die Gelsenkirchener Bergwerks-A.G. und der Bochumer Verein A.G. verflochten. Dann kam der Zusammenschluß mit den drei Siemensgesellschaften in Gestalt der erwähnten Rhein-Elbe-Union. Gemeinsam mit der A.E.G. beherrscht dieser Elektromontant eine ganze Reihe anderer großer Unternehmungen, wobei zu beachten ist, daß die A.E.G. von einer anderen Seite ebenfalls in die Montanindustrie eingedrungen ist. Aber es muß, wie schon betont, festgehalten werden, daß zwischen dem Elektromontantkonzern Stinnes-Siemens und der A.E.G. bereits zahlreiche Verbindungsadern bestehen, gleichlaufende Interessen, die früher oder später zu einer Verschmelzung führen dürften.

Nun zu den Einzelheiten des Stinneschen Herrschaftsgebietes. Deutsch-Luxemburg besitzt 14 Kohlenzechen mit 30 Schächten, etwa 1500 Koksöfen mit Nebenbetrieben, 7 Eisensteingruben und 5 Eisen- und Stahlwerke.

Gelsenkirchener Gebietet über 10 Kohlenzechen mit 35 Förder-schächten und 9 Eisen- und Stahlwerke. Der Bochumer Verein betreibt 4 Kohlenzechen und 2 Eisen- und Stahlwerke.

Rhein-Elbe-Union ist im Kohlenyndikat mit 18 Millionen Tonnen Kohle, 3,2 Millionen Tonnen Koks und 1,1 Millionen Tonnen Breiketts Jahresproduktion beteiligt; dazu kommen noch 4,8 Millionen Tonnen Kohle und 1 Million Tonnen Breiketts von den Stinneschen Familienzechen. Stinnes hat Einfluß auf den Mühlheimer Bergwerksverein; in den A. Liebedorfschen Montanwerken, dem größten mitteldeutschen Braunkohlenunternehmen, spielt Stinnes eine ausschlaggebende Rolle. Stinnes beherrscht die Rheinlöhner der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke, dem eine ganze Reihe wichtiger Kohlenzechen angeschlossen sind und der den größten Teil des Industriegebietes mit elektrischer Energie speist. Er hat weiter entscheidenden Einfluß auf den Konzern der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft in Darmstadt, der 15 Straßensbahnen betreibt. Sein Einfluß im Stahlwerksverband und Kohlenyndikat ist selbstverständlich. „Ebenso selbstverständlich ist, daß er in seinem eigentlichen Geschäftsgebiet, im Ruhrrevier, am Rhein und in den angrenzenden Gebieten, in Redereien für Binnenschifffahrt, in Bahnen, Terrain- und Kohlenhandels-gesellschaften herrscht.“ Die Rhein- und Ruhrschiffahrt z. B. hat Stinnes zum überwiegenden Teil an sich gebracht. Er dominiert weiter im Kohlenhandel. Die Vereinigten Kohlenhändler A.G., Berlin, ist sein Unternehmen. Von ihm sind abhängig: „Rühr-berger Kohlenhandels G. m. b. H., Königsberger Kohlenimport- und Steinkohlenbrikettfabrik (Tochterunternehmen: Poloidon, Schiffahrts-G. m. b. H.), Ostseereederei Flensburg, Kohlen- und Handelsfirma Holm und Mollen, Brikettfabrik Elbe in Hamburg, Kohlen- und Kokswerke Hansa in Bremerhaven, Hellmann in Hamburg, Brikettfabrik Westphal und Co. in Harburg usw.“ Das ist jedoch nur eine Auswahl der Firmen aus allen Teilen Deutschlands, die Stinnes gehören.

Obwohl es zwischen Stinnes und der Hamburg-Amerika-Union kürzlich zum Bruch gekommen ist, besitzt er noch weitreichenden Einfluß auf die Seeschifffahrt. Die Verbindung mit Siemens erleichtert ihm das. In der chemischen Industrie hat Stinnes ebenfalls Fuß gefaßt. Die A. S. Mener Chemische Werke A.-G., Hannover, kommandiert er, desgleichen die deutschen Wildermannwerke G. m. b. H., Berlin, ferner die Westfälisch-Anhaltinischen Sprengstoffwerke. „Unter seiner Führung rühte die sogen. Aluminiumgruppe mit der Metallbank und der chemischen Fabrik Gröschel-Elektron gemeinsam in die A.-G. Rheinisch-Westfälische Kupferwerke.“ Das ist ebenfalls nur ein Ausschnitt aus der Gesamtheit der Stinneschen Beherrschung der chemischen Industrie.

Ein Kapitel für sich ist das Stinnesche Kommando über die Papier-, Zeitungs- und Weinungsfabrikation. „Stinnes eignete sich die Königsberger Zellstoff-Fabrik A.-G. und die Norddeutschen Zellulose-Fabriken A. G. an. Die Papierfabrik Halbrod in Hille-gossen (Westfalen) wurde erworben. Das war aber nur der Grundstoß auf diesem Gebiete. In Berlin entstand die Buch- und Zellulose-Fabriken A. G. an. Die Papierfabrik Halbrod in Hille-gossen bekannten Reimer-Hobbinghagen-Verlag. Selbster gehörten ihm die Norddeutsche Buchdruckerei- und Verlagsanstalt und die Deutsche Allgemeine. Dazu kommt die Industrie- und Handelszeitung und noch verschiedene andre, was mit der von ihm erworbenen größten Berliner Lohndruckerei Bügenstein zusammenhängt.“

In Ostpreußen erwarb Stinnes noch die Ostpreussische Maschinenengenhenschaft G. m. b. H., die sich besonders mit landwirtschaftlichen Maschinen befaßt. In andre Zweige der Wirtschaft hat Stinnes gleichfalls Eingang gefunden, so in der Textil- und Holzindustrie.

Wichtig sind die Stinneschen Auslandsunternehmungen, von denen der Erwerb der Alpinen Montangesellschaft in der Steier-mars im Frühjahr dieses Jahres viel Aufsehen erregte. Von einem italienischen Konsortium kaufte Stinnes 200 000 Aktien à 200 Kronen; er besitzt damit die Zweifünftel-Mehrheit in dem steter-märktischen Montanunternehmen. Die Transaktion kostete die Kleinigkeit von 200 Millionen Mark. Stinnes kann das, er

schwimmt im Gelde. Diesem Geschäft mit dem italienischen Kon-jortium ist in den letzten Tagen ein zweites gefolgt: Die Siemens-gruppe hat einen großen Posten Aktien der Fiat-Automobil-Werke erworben. Siemens, das ist der Elektromontant und Stinnes.

Die Frage ist, ob die Stinnesunnen, die so ins Ausland ab-ziehen, schon von der deutschen Steuerbehörde erfasst sind. Viel spricht nicht dafür. Für die industriellen Großverdiener ist es ein besonders gutes Geschäft, wenn sie den größtmöglichen Teil ihres Profits der Steuerbehörde entziehen. Für die Aktien der Alpinen Montangesellschaft soll z. B. in der Schweiz eigens eine Firma gegründet worden sein, die A.-G. Promontana mit dem Sitz in Zug. Die Verschlebung solcher Beträge würde die Gründung solcher Verschlebungsgesellschaften lohnen.

### Nachwehen der ober-schlesischen Unruhen.

Die Ruhe in Oberschlesien ist noch immer nicht vollständig wiederhergestellt. Immerhin lassen aber die Meldungen aus dem ehemaligen Aufstandsgebiet erkennen, daß es sich bei den Unruhen nur mehr um vereinzelte Ueberfälle zurückgebliebener pol-nischer Banden handelt, die sich teilweise in reine Räuberbanden verwandelt zu haben scheinen. Daß aber auch von deutscher Seite nicht immer die notwendige Ruhe bewahrt wird, geht aus folgen-der Meldung hervor:

**Oppeln, 11. Juli.** Die Lage in Oppeln ist gespannt. Pol-nische Apobeamte, die zurückkehrten, gerieten in Konflikte mit deutschen Flüchtlingen. Bei einer Razzia auf sich nachs-hrumtreibende Frauen, die von der Apo abgehakt wurde, er-hielten zwei Frauen und ein Fran-joise bei der Flucht Schu-berletzungen. Die Franzosen ziehen Verstärkungen heran. Ein Sekretär Korfantys wurde in Oppeln von Unbe-kannten beseitigt.

(Nach einer anderen Meldung wurde der Sekretär von einer großen Volksmenge aus dem Bahnhof, den er zur Abreise betreten hatte, herausgeholt und bis zur Bewußtlosigkeit ge-schlagen. D. Red.)

### Wie die Blätter berichten...

**Berlin, 12. Juli.** Aus den Landkreisen Oberschlesiens wer-den, wie die Blätter berichten, zahlreiche Terrorakte gemeldet. Die deutschen Flüchtlinge kehren mit ihren Familien zu Hun-derten in die Städte Beuthen, Gleiwitz und Rattowitz zurück, da in den meisten Landorten, die ohne interalliierte Besatzung sind, Mißhandlungen, Verschleppungen und Tötungen von Deutschen an der Tagesordnung sind. Bei Neuhof, Kreis Rattowitz, fand ein Gefecht zwischen polnischen Insur-genten und der Ortswehr statt, wobei die Polen fünf Tote hatten.

### Bandenüberfälle.

**Beuthen, 11. Juli.** Gestern nachmittag wurden acht aus G-dubla-Hütte stammende Männer, Angestellte des Deutschen Plebiszitatskommissariats Beuthen, auf dem Wege von ihrem Heim-malsortie von einer etwa zwanzig Mann starken Bande über-fallen. Der Angestellte Stefan Orłowski wurde durch drei Kopfschüsse niedergestreckt. Der Angestellte Kullik wurde festgenommen und soll in der Nacht nach Polen verschleppt worden sein. Ein dritter Angestellter wurde ebenfalls festge-nommen, doch gelang es ihm, zu entfliehen. Die übrigen er-griffen die Flucht und gelangten auf Umwegen nach Beuthen zu-rück.

**Oppeln, 11. Juli. (D.A.)** Englische Truppen in Mys-łowitz haben drei polnische Insurgenten, die auf die stehenden Engländer aus dem Hinterhalt geschossen hatten, standrechtlich erschossen.

### Kommunistische Gewerkschaftsgerichte.

**Oppeln, 11. Juli. (D.A.)** Es liegen Meldungen vor, daß auf einer Anzahl von Gruben sogenannte Gewerkschafts-gerichte eingerichtet worden sind, die sich aus kommuni-stisch gesinnten Mitgliedern der Belegschaft und der Ortswehr zusammensetzen, um über Nachlässigkeiten der Werks-beamten im Dienste abzuurteilen. Die Werksbeamten werden von den Gewerkschaftsgerichten z. B. verantwortlich gemacht für das Vorhandensein von Rohstoffen und Betriebsmaterialien. Aus-schreitungen und Uebergriffe der kommunistisch beeinflussten Ar-beiterschaft gegenüber den Werksleitern sind aus letzter Zeit namentlich zu melden von der Emaggrube in Rybnik, der Prinz-jengrube, der Kömmergrube, der Charlottengrube und der Donners-margrube in Chwałowiz, deren Leiter eingesperrt, abgesetzt oder verschleppt wurden.

### Wiederaufnahme der Schifffahrt.

**Oppeln, 11. Juli. (D.A.)** Der Schleppverkehr auf der Oder von und nach Oberschlesien, der seit Anfang Mai ins-folge des Aufruhrs gestoppt hat, ist wieder aufgenommen. Eine Reihe Kohlenschiffe ist bereits auf der Talschiffahrt begriffen. Für die Ausfuhr sind täglich 15 000 Tonnen genehmigt. Infolge des Wapenmangels bei der Eisenbahn ist es fraglich, ob diese Menge täglich ausgeführt werden kann.

### Eine polnische Petition an Briand.

**Paris, 11. Juli.** Im Namen der parlamentarischen Kammer-gruppe der Freunde Polens haben die Abgeordneten Louis Marin, Renaud und Sagel dem Ministerpräsidenten Briand eine Pe-tition mit 650 000 polnischen Unterschriften, hauptsächlich aus intellektuellen Kreisen, überreicht, in der die Forderung des Bergwerksbezirks von Oberschlesien an Polen verlangt wird.

### Waffenschiedungen der Orgel in Schlesien.

Der gestern wiedergegebene Artikel v. Gerlach wird trefflich ergänzt durch eine Meldung über eine Munitions- und Waffen-schlebung, die in G-dubla ausgeführt wurde. Von dort wird be-richtet:

„Am 4. Juli, nachmittags 3 Uhr auf Station Stp. zwei Wagen von Breslau eingetroffen sind, die angeblich altes Eisen enthalten sollten. Diese erschienen dem Eisenbahnpersonal verdächtig, denn nicht nur waren die Wagen verschlossen, sondern der Sendung war auch noch ein Begleiter beigegeben, der vollständige militärische Ausrüstung trug. Der Betriebsrat der Station Stp. hielt die Wagen an und nahm mit dem Oberbahn-hofsvorsteher eine Revision der Waggons vor und stellte hierbei fest, daß diese rund 400 Zentner scharfer Infanterie-Munition, in Aktien von je 1000 Schuß verpackt, enthielten. Eine Untersuchung, ob unter den Aktien noch sonstige Munition oder Waffen versteckt war, wurde bei dieser Revision nicht vorgenommen.“

Am Tage darauf besichtigte auch ein Ueberwachungsbeamter der Eisenbahndirektion Breslau die Sendung. Er versuchte zu-nächst, die Sendung als für Kommunisten bestimmt zu ver-dächtigen. Als aber der Betriebsrat ihn darauf aufmerksam machte, daß der Abfender mit der Orgelzentrale in Breslau identisch sei, stellte er die Sendung wieder als harmlos hin und meinte, diese könnte ruhig freigegeben werden. Der Betriebsrat lehnte dies aber ab und erklärte, daß die Freigabe der Wagen nur auf Weisung des Bezirksbetriebsrats Breslau erfolgen könne.

Nun wurde dem Betriebsrat der Station Stp. nachmittags angeblich vom Bezirksbetriebsrat telefonisch mitgeteilt, daß die Sendung ihre Richtigkeit habe und weiterrollen könne, aber der Betriebsrat erklärte, solche Weisung nur schriftlich annehmen zu können und hielt die Wagen weiter fest.

Obwohl dem Vertreter des Entwaffnungskommissars Josef Mittelung von dieser Munitionsendung gemeldet worden war, ist dieser doch bis 6. Juli nicht erschienen. Der Begleiter ist inzwischen spurlos verschwunden.

Als Abfender ist angegeben: Zentner, Breslau, Claassenstr. 8. In diesem Hause befindet sich die Orgelzentrale. Gerichtet wa die Sendung an Expediteur Lucas in Mogy bei Görlitz.

Aus diesen Tatsachen geht einmal hervor, daß es sich um eine Munitionsendung der Orgel handelt. Weiter zeigt das Ver-halten des Ueberwachungsbeamten, der wohl auch das Telephon-gespräch veranlaßte, daß ihm oder gar der Eisenbahndirektion Breslau das Aufhalten der Munitionsendung durch den Betriebs-rat nicht nur höchst unangenehm war, sondern daß hier eine offen-bare Begünstigung der Munitionsschlebung durch die Eisenbahn-direktion vorliegt.

Der ganze Vorfall erlangt aber noch besondere Bedeutung dadurch, daß, wie der Volkskommissar Stövers in Görlitz mit-teilte, Gymnasialisten dieser Stadt im Scharfschießen ausgebildet werden. Nun ist schon Anfang Juli bekannt gewor-den, daß sich Jagow mit v. d. Goltz und West a r y in Breslau befinden oder doch zeitweise befinden. Wir haben damals schon auf dieses seltsame Zusammentreffen hingewiesen und die Vermutung ausgesprochen, daß in Schlesien möglicherweise der neue Putsch der Reaktionskräfte vorbereitet wird, auf den schon die Post am 29. Juni anspielte, als sie schrieb: „Und Jagow wäre ein Narr, wenn er sich der heutigen Regierung stellte. In dieser absonderlichen Zeit wechseln häufig genug Regierungen und auch Rechtsgrundzüge Alles fliehet. Da läßt ein kluger Mann sich eben treiben, bis es eines Tages die richtige Regierung und die richtige Amnestie ge-sagt hat.“

Daß dem Reichsanwalt Wirth die von Schlesien drohenden Gefahren nicht unbekannt sind, zeigen die Warnungen vor einer „Berzweckungspolitik“ und vor „Torselten“, die er in einer Bres-lauer Rede zum Oberschlesientag an die Führer der Rechtspartei in Breslau gerichtet hat. Daß ihm darauf von dem deutschnatio-nalen Führer Landrat Goltz verächtlich wurde, daß seine Partei jeden Gedanken an einen Umsturz mit gewaltsamen Mitteln ab-lehne, kann uns nicht überzeugen und es könnte sich hart rächen wenn die Regierung diese Erklärungen unbesehen hinnehme würde.

Auf jeden Fall ist die Arbeiterschaft heute zur höchsten Auf-merksamkeit gezwungen. Sie muß die sich in Schlesien spinnenden Fäden zerreißen und den geplanten Ueberfall auf die Republik unmöglich machen.

### Unsere wachseren Jungens in Schlesien.

**Breslau, 11. Juli.** In Bad Saganenau in der Graf-schaft Glatz wurde der Herausgeber einer linksdemokratischen Breslauer Wochenzeitung, der sich gegen die reaktionären Treibe-reien in einem Teile des Selbstschutzes gewandt hatte, von 21 Selbstschutzhangehörigen überfallen und schwer mißhandelt.

Hier zeigt sich, was es mit dem Selbstschutz auf sich hat; er bildet für die deutsche Bevölkerung eine schwere Gefahr, denn die aus Bayern stammenden Selbstschutzhangehörigen sind eben auf die Deutschen abgerichtet, wie auf die Volksfremden, wenn sie nicht zu den Reaktionsären gehören. Es wird die höchste Zeit, daß die Selbstschutzhängehörigen zurückberufen, entwaffnet und aufgelöst werden.

### Nun will es keiner gewesen sein. Auch Moskau gegen den Märzputsch.

Die „Berichte“ über den Kongreß der kommunisti-schen Internationale, die die kommunistische Presse bringt, sind Musterbeispiele dafür, wie Berichte nicht sein sollen. Kein Mensch vermag aus diesen Bruchstücken, die ohne organischer Zusammenhang den Lesern vorgelegt werden, zu erkennen, was eigentlich in Moskau vorgeht. Die kraßesten Widersprüche werden unvermittelt nebeneinander gesetzt; jede vermittelnde Erklärung fehlt.

Wir haben vor einigen Tagen berichtet, daß Klara Zetkin sich gegen eine Erklärung wenden mußte, die bei der Eröffnungs-feier der internationalen kommunistischen Frauenkonferenz pro-klamiert wurde, worin behauptet wurde, daß die kommunistische Partei Deutschlands aus dem Märzputsch gestärkt hervorgegangen sei. Danach mußte man annehmen, daß die Moskauer Spigen den Märzputsch billigten.

Jetzt dagegen gibt die rote Fahne einen Bericht über die letzte Sitzung des Kongresses, die den Diskussionen über die takti-schen Fragen gewidmet war, wonach die hervorragendsten Führer der kommunistischen Internationale von der Märzaktion deutlich abgerückt sind. Sinowjew hat danach ausgeführt, eine Ge-schichte liege in der vorzeitigen Kampftätigkeit der jungen Parteien. Die linken Elemente drängten zu einer vorzeitigen Aktion. Nach entscheidener Erklärung Trotzky, die Theorie der Offensivpolitik um jeden Preis sei nicht marxistisch. „Wir müssen unsre eigenen Kräfte und die Kräfte unserer Gegner kalten Blutes abwiegen. Man muß die Lage in jedem einzelnen Lande einer genauen Prü-fung unterziehen und nur dort, wo es möglich und notwendig ist, mit aller Macht zum Angriff übergehen.“ Kadeb beschäftigte sich direkt mit der Märzaktion. Er warf der jungen deutschen kommunistischen Partei vor, sie zeige in ihrem Bestreben zu Aktionen eine ungenügende Kenntnis der Lage und begehe eine Reihe von Fehlern, die ihre Verbindung mit den breiten Massen gefährden. Sie sei richtig vorgegangen, indem sie ihre Mitglieder aufforderte, der Arbeiterklasse, die von der kapitalistischen Regie-rung überfallen wurde, zu Hilfe zu eilen. Aber sie habe eine ganze Reihe Fehler praktischer Natur begangen. Freilich müsse die Tapferkeit des Proletariats erprobt werden; für prinzipielle Gegner des Angriffs sei kein Platz in der kommunistischen Inter-nationale, doch die Theorie des Angriffs um jeden Preis sei falsch, denn sie beraube ihre Befürworter der Möglichkeit, die Lage nüchtern abzuschätzen und den Kampf, entsprechend der Kraft des Gegners, vorzubereiten.

Alle diese Ausführungen sind schallende Ohrfeigen für die Stöckerleuten. Für uns ist es besonders inter-essant, daß die Hauptargumente der kommunistischen Internationale genau zu denselben Argumenten kommen, wie wir angeblichen „Agenten der Bourgeoisie“ und „Vertreter des Proletariats“, wenn sie sich gegen den Wahnsinn der Putschtaktik wenden, und daß die Taktik, die sie empfehlen, keine andre ist als jene, die die USPD. allezeit vertreten und befolgt hat. Unstre Partei pflegt den Offensivgeist und denkt nicht daran, die Angriffs-taktik zu verwerfen. Aber sie wird niemals den Angriff um jeden Preis predigen und das











**Neues Theater.** (Nachdruck verboten.) Fernruf 1418.  
Dienstag, den 12. Juli 1921  
147. Auensee-Bühnenbesetzung (s. Folie, weibl.)  
An der Rescindiabierung:  
**Margarete.**  
Oper in 5 Akten nach Goethe von Julius Barbier und Michel Carré.  
Musik von Ch. Gounod.  
Musikalische Leitung: Alfred Gerdner.  
An Szene geleitet von Frau Westphal.  
Personen: Hans (Hans Lüthmann); Mechtildchen (Hans Müller);  
Patentin (M. Rademann); Franke (Paul Herberich); Margarete  
(Marie Hansen-Schulze); Siebel (Paula Singer); Marie (Lucia  
Nidel-Schäfer).  
Daher und Nachnahme angeordnet von Langmüllerin E. Cronborn  
ausgeführt von Carl. Wauersberg und dem gesamten Langpersonal.  
Sauf nach dem 2., 4. und 6. Akt.  
Veränderungen vorbehalten.  
Rückgabe von Eintrittskarten wegen Umbelegungen ausgeschlossen.  
Einfache Preise. Ende gegen 10 1/2 Uhr.  
Einlass 9 1/2 Uhr. Studenten- und Schülerkarten ungenüßig.  
Mittwoch, den 13. Juli: 152. Auensee-Bühnenbesetzung (2. Folge, rot);  
zum 10. Male: Frelaud. Anfang 7 Uhr.  
Donnerstag, den 14. Juli: 153. Auensee-Bühnenbesetzung (3. Folge, blau);  
zum 10. Male: Frelaud. Anfang 7 Uhr.  
Ausdrückliche Zugeständnisse sind nur im Theater bei den Schließern  
erhältlich.

**Alles Theater.** Fernruf 1416.  
Dienstag, den 12. Juli 1921  
**Toppelsoldat.**  
Bauernballe in 6 Akten von Ludwig Mühlenthauser.  
An Szene geleitet von Dr. Adolf Wink.  
Personen: Toppelsoldat, der Bauer vom „reinen Hof“ (Wilhelm  
Haller); Soldi, sein Sohn (Eug. Wink); Jangi, der Bäcker  
(Eilhard Engel); Mechtild, sein Weib (Marie Schülling); Wasi,  
der Sohn (Alfred Schülling); Bäcker, ein armer Händler  
(Carl Giese); Aneli, seine Tochter (Liedel bei Sario); Der Wirt  
vom „reinen Hof“ (Hans Schier); Antons, sein Weib (Paula  
Wink); Erhardt, Lehner, Bauer (Günther Reitz, Arthur Wink);  
Der alte Fritz (Wald. Tolmer); Kati, Herr, Herr, Toni, Bauer-  
burden (Dr. Winkmann, H. Sieber, Rud. Tisch, H. Winkmann);  
Heger, Herr, Woni, Bauerinnen (Luise Seifing, Josefa  
Wagner, Bäckerinnen, Bäckerin, Mädchen,  
Bühnenmusik von Georg Heide.  
Sauf nach dem 3. Akt.  
Veränderungen vorbehalten.  
Rückgabe von Eintrittskarten wegen Umbelegungen ausgeschlossen.  
Einfache Preise. Ende gegen 10 Uhr.  
Einlass 7 Uhr. Bühnen an der Auensee und der Schließern.  
Schülerkarten ungenüßig.  
Mittwoch, den 13. Juli: Vorstellung für die Fortbildungsschule für  
Mädchen: Der Kaufmann von Venezia. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Donnerstag, den 14. Juli: Toppelsoldat. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Krystall-Palast**  
Juli 1921  
Gastspiel  
Curt Ollers Operetten-Gesellschaft:  
„Mascottchen“  
Anfang 1/8 Uhr. [\*] Anfang 1/8 Uhr.

**Battenberg**  
Varieté. Tel. 1370. Theater.  
Anfang 1/8 Uhr. Anfang 8 Uhr  
Juli-Varieté-Programm. **Bist Du nicht mein Bruder**  
Das Beste vom Besten.  
10 Anny Milos 10  
mit ihren  
Frauenscenen.  
Natur-Monumente in  
höchster Vollendung.  
Morgen  
Bist Du nicht mein Bruder.  
Vorverkauf: Tageskasse 10-2 und Zigarren-  
Geschäft K. Hirsch, Katharinenstraße 8.

**Vindenfels**  
Karl-Heine-Straße 50 Fernruf 18195/96  
**Lotte Neumann**  
in ihrem neuen großen Film  
5 Akte **Das Gelübde.** 5 Akte  
Nach dem gleichnam. Schauspiel von S. Gautensack.  
Joe Deeb  
in der Kriminalnovelle in 4 Akten  
**Der Erpresserich.**  
Herzheilbad Rudowa  
Naturaufnahme.  
Nur für Erwachsene über 18 Jahre.

**Wintergarten**  
Eisenbahnstraße 56 Fernruf 18195/96  
**Die Fremde aus der  
Elstergasse.**  
Drama in 8 Akten  
mit Marika Bannan, Ed. v. Winterstein.  
Der 1. Film ohne Text!  
**Scherben.**  
Ein Drama in 5 Akten mit Werner Krauß,  
Edith Posca.  
Nur für Erwachsene über 18 Jahre.

**Allgemeines Arbeiter-OB Bildungs-Institut Leipzig**  
Sonntag, den 17. Juli 1921, im Palmengarten  
**Nordische Volkstänze im Freien**  
Tänze aus Schweden, Finnland und Dänemark  
verbunden mit Gesang nordischer Volkslieder, ausgeführt  
von 10 Damen und 14 Herren unter Leitung  
des Herrn Carl Godvin-Roskilde  
Vordem:  
**Konzert des Gustav-Schütze-Orchesters**  
Beginn der Tänze vormittags 10 Uhr  
Die Anlagen stehen unsern Besuchern von früh 7 Uhr bis 1 Uhr offen  
Karten zum Preise von 3 Mk. sind in allen Verkaufsstellen der Leipziger  
Volkszeitung und in den Geschäftszimmern der Gewerkschaften zu haben.  
Für Kinder kostet der Eintritt an der Kasse 1.50 Mark

**AUENSEE LUNA-PARK ...WAHREN...**  
Morgen Mittwoch  
Großes Kinderfest: „Reife Kirschen“  
Jedes Kind erhält für 1 Mk. 1 Beutel Kirschen  
eine Kinderkostenausstattung und  
Kinderbelustigungen aller Art - Kinderfestzug mit Kindertanz  
Nachmittags: Konzert des Parkorchesters  
Vorteilhafte Strand- und Familienbad  
Ferienkarten für  
Erwachsene 12 Mk., Kinder 6 Mk. - Die Karten berechnen bis zum  
Ende der Saison zum freien Eintritt in das Strandbad (inkl. Park)  
Freitag, den 15. Juli  
Großes Elite-Feuerwerk über dem See  
Sonntag, den 17. Juli  
Auensee-Kanu-Regatta

**Eiskeller-Park.**  
Morgen Mittwoch  
abends 1/8 Uhr **Grosses Garten-Konzert**  
ausgeführt vom Neumann-Stiller-Orchester.  
Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im Saale statt.  
**Mäzschkers Festsäle**  
L.-Kleinzschocher Inh.: E. Baumann Fernspr. 40875  
Morgen Mitt- **Elite-Ganzabend** Verstärktes Orchester. Leitung:  
woch, 7 Uhr: Herr Kapellmeister Neumann...

**Neuer Gasthof Gohlis.**  
Heute ab 1/2 7 Uhr: **Großer Elite-Ball.**

**BONORAND**  
Dienstag, den 12. Juli  
4-6: Bonorand-Orchester. Direktion: Gustav Fischer  
8-11: **Grosser Strauss-Millöcker-Abend**  
ausgeführt vom Alfred Hauke-Orchester. Direktion: Alfred Hauke.  
30 Musiker - Streichmusik.

Zu **SARRASANI** strömt In Massel  
Im Kaufhaus **Althoff** ist die Kasse  
Für Karten In dem **Vorverkauf.** 16.  
Berelbts am **Mittwoch** macht sie auf. Juli. Messplatz.

**Neues Operetten-Theater.** (Nachdruck verboten.) Fernruf 2484.  
Dienstag, den 12. Juli 1921  
Gesamtgesellschaft des Deutschen Theaters in Berlin.  
**Potsch und Perlmutter.**  
Schwank in 3 Akten von W. Potsh und E. Klein.  
An Szene geleitet von Frau Schmitt.  
Personen: Potsch (Fritz Weidmann); Perlmutter (Karlher. Stach);  
Feldmann (Fritz Korfelt); Föllsch (Maximilian Hoff); Weich  
Andreas (Hans Straßmann); Rabener (Fritz Fichter); Denny Weber-  
mann (Walter Sauter); Senator Wunpku (Herbert Wöhl); Jarrett  
(Franz Stein); Bergmann (Fritz Kühn); Ein Herr (Georg Frel-  
dinger); Frau Potsch (Elle Frelde-Bühlich); Frau Potsch (El-  
friede Kopp); Fr. Goldschmidt (Hilmar Müller); Fr. Goldschm.  
(Gertraud Zöll); Fr. Gutmann (Marie Grotte); Fr. Nelson  
(Hilse Winkler); Fr. O'Brien (Kara Jann); Dienstmädchen bei  
Frau Potsch (Joh. Wöhl); Ein Weib (Fritz Androsch); Sidney  
(Herbert Fide); Ein Mädchen (Joh. Wöhl).  
Sauf nach dem 1. Akt.  
Veränderungen vorbehalten.  
Rückgabe von Eintrittskarten wegen Umbelegungen ausgeschlossen.  
Einfache Preise. Ende gegen 10 1/2 Uhr.  
Einlass 7 1/2 Uhr. Studenten- und Schülerkarten ungenüßig.  
Tägliche 8 Uhr abends: Potsch und Perlmutter.  
Bestellungen durch Fernsprecher können nicht berücksichtigt werden.  
Die Tageskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

**Leipziger Schauspielhaus.** Fernruf 1000  
Dienstag, den 12. Juli 1921  
Sum 20. Akte.  
**Willis Frau.**  
Ein Schwank in 3 Akten von Max Heilmann und Otto Schwarz.  
An Szene geleitet von Anton Brand.  
Personen: Anton v. Bergerhausen, Rittergutbesitzer (Max Thomas);  
Vertrude, seine Tochter (Liese Wink); Willi, sein Sohn (Walter  
Neufeld); Alara, dessen Frau (Biele Doerflinger); Baron Re-  
ponmut von Walsen (F. F.); August Schimmelsmann, Gut-  
besitzer (Wolf Braunstein); Dr. Erich Wahrenholz, Reichsanwalt  
(Karl Müller); Die alte Nabinne, Köchin bei Bergerhausen (Ber-  
traud Zöll); Franz, Diener bei Bergerhausen (Werner  
Schub); Maria, Wirtsin (Liese Wink); Hanne, Tochter des  
Ost der Handlung; Erster Akt: Berlin. Zweiter und dritter Akt:  
Gut Bergerhausen in der Mark. - Zeit: Gegenwart.  
Größere Saufe nach dem 2. Akt.  
\* \* \* Baron Reponmut von Walsen... Anton Brand u. G.  
Einlass 7 1/2 Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.  
Mittwoch, den 13. Juli: Die spanische Fliege. Anfang 8 Uhr.  
Donnerstag, den 14. Juli: Willis Frau. Anfang 8 Uhr.  
Bestellte Eintrittskarten müssen 20 Minuten vor Beginn der Vor-  
stellung abgegeben sein, andernfalls wird darüber verfügt.  
Der besagte Besetzungstakt läuft vom 27. Juni bis 17. Juli 1921.  
Wib zu diesen Tagen sind die besagten Karte für Tageskasse  
an der Tageskasse einzuholen.

**Neines Theater.** Eiferstraße 49  
Dienstag, den 12. Juli 1921, abends 7 1/2 Uhr  
Sum 20. Akte  
**Die Scheidungsreise.**  
Musikalischer Schwank in 3 Akten von Leo Walter Stein.  
Musik von Hugo Dieck.  
Musikalische Leitung: Kapellmeister Hans Richter.  
Vorkommende Musikschlager: 1. Ja, das Bleich sein manchmal  
schwed sein 2. Wer wird denn weinen, wenn man ausdauert  
gibt! 3. Tanz-Tanz mit Schlangen! 4. Wibel wo bist du, Wibel  
wie sitzt du! 5. Witten in der Nacht, 6. Was ist der Sport der Revue?  
Einlass 7 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr.  
\* \* \* \* \*  
Mittwoch, den 13. Juli, nachm. 3 1/2 Uhr (ermäßigte  
Preise) der große Schlager: Die Scheidungsreise.  
Bestellte Karten müssen bis mittags 2 Uhr abgeholt sein, andern-  
falls wird darüber verfügt.  
Die Mitglieder der Theatergemeinde Schauspielhaus erhalten gegen  
Vorlegung ihrer Jahreskarte 50% Ermäßigung und geben dafür  
8 Mark Musikaufschlag.  
Vorverkauf an der Tageskasse des Neinen Theaters, Kasse des Schau-  
spielhauses, bei E. H. Goppino, Peterstraße, 18, Frau. Volch, Peterstr.,  
und im Lotteriegeldhof von Friedrich Wrede & Co. Reber Straße 14.

**Drei Linden**  
Täglich abends 1/8 Uhr  
Der große  
**Varieté-Spielplan**  
10 Welt-Attraktionen unter anderem  
Das bek. Schreysche Männerquartett  
**Ein musikalisches Spitzweg-Bild**  
in München, Berlin und Hamburg mit Riesenerfolg  
aufgeführt!  
Gastspiel **Voo Doo?**  
Asiatische Tempeltänze.  
Vorverkauf: Tageskasse 10-2 Uhr, Tel. 43548,  
Warenhaus Th. Althoff, Petersstraße, Konsum-  
Verein, Karl-Heine-Straße.

**Apollo-Theater**  
früher Stadt Nürnberg, Bayerische Strasse 8-10  
Täglich abends 1/8 Uhr:  
Ganz Leipzig spricht  
nur noch von den  
**boxenden Damen**  
und dem fabelhaften  
**Varieté-Spielplan.**  
Vorverkauf: Tageskasse 10-2 Uhr. T. 11111,  
Warenhaus Th. Althoff, Petersstraße.

**Goldne Krone** Connwitz  
Mittwoch:  
Der beliebte **Kronen-Ball.**  
**Gesellschaftshaus Schönefeld**  
Mittwoch **Großer Elite-Tanz-Abend.**  
Neueste Schlager.  
Endstation 17. **Volles Orchester.** 9 Uhr Kontor.  
**Kaiser-Barf am Rosental**  
Linie 6.  
Fernruf 50341.  
Jeden Mittwoch und Sonntag  
Der feine Ball.  
Neues, verstärktes Orchester. Neueste Schlager.  
Übermorgen: **Großes Elite-Garten-Konzert.**  
Donnerstag.

**Zuban Zigaretten**  
nur aus reinen edlen Orienttabaken



Landeskonzferenz der U. S. B. Sachsens.

Die Konferenz ging dann über zum vierten Punkt der Tagesordnung:

Die Reform der Gemeindeverfassung. Die beauftragte Kommission hatte folgende Richtlinien zur Beschlussfassung unterbreitet:

A. Vorschläge zur Gemeindeverfassungsreform.

1. Die unterschiedlichen Verfassungsbestimmungen für Landgemeinden, mittlere und kleinere Städte und Städte mit revidierter Städteordnung werden beseitigt. Die Unterschiede in der Größe der Gemeinden und in ihrem Charakter als vorwiegend industrielle oder Landgemeinden ergeben von selbst eine Verschiedenheit der gemeindlichen Aufgaben, die durch Ortsgesetz zu regeln sind.

2. In den Gemeinden bilden die gewählten Vertreter die allein entscheidenden Körperschaften über alle Gemeindeangelegenheiten. Die Ratkollegien werden beseitigt. Die besoldeten Stadträte sind ausführende Organe der gewählten Gemeindevertretung. Die Zahl der Gemeindevertreter wird ortsgesetzlich geregelt.

Die gewählten Gemeindevertreter bilden die beratende und beschlussfassende Behörde in allen Gemeindeangelegenheiten.

3. Die Befugnisse der Gemeindevorstände in den Landgemeinden, der Bürgermeister in den mittleren und kleineren Städten und der Stadträte im Sinne der revidierten Städteordnung (§ 98 ff. bezw. § 100) gehen an die gewählte Gemeindevertretung über. Die Verwaltung des Vermögens der Gemeinde unterliegt ausschließlich der gewählten Gemeindevertretung und ihrer Organe.

4. Die gewählten Gemeindevertreter wählen aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und einen oder mehrere Stellvertreter. Der Vorsitzende vertritt die Gemeinde nach innen und außen.

5. Es ist den Gemeinden freigestellt, aus ihrer Mitte zur Durchführung der Gemeindeverwaltungsarbeiten für jedes Verwaltungsgebiet Ausschüsse zu wählen. Diese Ausschüsse wählen sich aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und einen oder mehrere Stellvertreter. Die Verwaltungsbeamten der Gemeinden (Stadträte, Abteilungsbeamten) werden zu denjenigen Ausschüssen der Verwaltungsabteilungen mit beratender Stimme, ohne Stimmrecht, hinzugezogen, in denen sie als Abteilungsleiter den übrigen Gemeindebeamten vorgeht.

6. Die Stadträte (Dezernenten) arbeiten die Vorlagen für die Ausschüsse und für die Vollversammlungen der Gemeindevertretung aus.

7. Den Ausschüssen kann durch ortsgesetzliche Regelung eine gewisse Selbständigkeit übertragen werden, so dass nicht jede Ausschussentscheidung der Vollversammlung der Gemeindevertretung vorgelegt zu werden braucht.

Durch Ortsgesetz kann bestimmt werden, dass auf Antrag eines Teiles der Gemeindevertreter jede Ausschussentscheidung der Vollversammlung der Gemeindevertretung vorgelegt werden muss. Die Vollversammlung entscheidet endgültig.

8. Es kann ortsgesetzlich bestimmt werden, dass die Vorsitzenden der Ausschüsse zu einem Hauptauschuss (oder Verwaltungsausschuss) zusammenzutreten. Den Vorsitz in diesem Hauptauschuss führt der Vorsitzende der gewählten Gemeindevertretung. Die Abteilungsleiter (Stadträte, Dezernenten) können an den Hauptauschüssen mit beratender Stimme teilnehmen. Der Hauptauschuss hat die Aufgabe, die Beschlüsse der Ausschüsse gutachtlich zu beraten, wenn die Minderheit eines Ausschusses die Entscheidung des Hauptauschusses anruft. Eine weitere Aufgabe des Hauptauschusses ist, auf die einheitliche Durchführung der Gemeindeverwaltung hinzuwirken. Der Hauptauschuss kann zu den Beschlüssen der Ausschüsse selbständige Vorlagen und Anträge an die Vollversammlung bringen.

9. Die Beschlüsse der Gemeindevertretung werden unter ihrer Kontrolle von den Gemeindebeamten durchgeführt. Die Anstellung der Gemeindebeamten wird ortsgesetzlich geregelt. Die Gemeindebeamten haben ihre Tätigkeit im Rahmen der Reichs-, Landes- und Ortsgesetze auszuüben. Der erste Beamte der Gemeinde (Gemeindevorstand, Bürgermeister, Oberbürgermeister) leitet und überwacht die gesamte Tätigkeit der Gemeindebeamten.

10. Die einheitliche Regelung der Verwaltungsarbeiten in allen Abteilungen der Gemeindeverwaltung kann durch Ortsgesetz oder durch eine Geschäftsordnung gesichert werden.

11. Ergeben sich aus der Anwendung der Orts-, Landes- oder Reichsgesetze Meinungsverschiedenheiten zwischen dem ersten Beamten der Gemeinde und der gewählten Gemeindevertretung, so entscheidet die Gemeindevertretung. In solchen Streitfällen hat der erste Beamte der Gemeinde das Recht, die Regierung als Aufsichtsinstanz anzurufen.

12. Die Regierung kann durch einstweilige Verfügung die Ausführung eines angefochtenen Beschlusses der Gemeindevertreter verhindern. Trifft die Regierung als Aufsichtsinstanz innerhalb vier Wochen nach Beschlussfassung der Gemeindevertretung keine endgültige Entscheidung, so wird der angefochtene Beschluss rechtskräftig.

13. Die Regierung kann gegen die Beschlüsse der Gemeindevertretung Einspruch erheben, wenn diese Beschlüsse Landes- oder Reichsgesetzen widersprechen. Gegen die Entscheidung der Regierung kann die Gemeindevertretung Anfechtungsklage beim Oberverwaltungsgericht erheben.

B. Vorschläge zur Reform der Bezirksverwaltung.

1. Die Bezirksverbände sollen als Selbstverwaltungskörper bestehen bleiben unter der Voraussetzung, dass der gewählte Vorsitzende den Bezirk nach innen und außen vertritt.

2. Die Bezirksvertretungen erhalten die Befugnisse staatlicher Hilfsorgane und unterstehen insoweit dem staatlichen Aufsichtsrecht.

3. Die staatliche Aufsicht über die Tätigkeit der Bezirksvertretungen als staatliche Hilfsorgane wird durch die Kreishauptmannschaften ausgeübt.

4. Die Kreishauptmannschaften sind Organe der Regierung für die Durchführung der Landes- und Reichsgesetze. Der Kreishauptmann ist Regierungsbeamter; er wird von der Regierung eingesetzt.

Die Kreishauptmannschaften üben die Funktionen einer zweiten Instanz aus, wenn eine Gemeinde in Fragen der Gemeindeverwaltung gegen die Beschlüsse der Bezirksorganisation die Kreishauptmannschaft zur Entscheidung anruft.

Zur Kreishauptmannschaft gehört ein Kreisausschuss, der von den Bezirksorganisationen und von den bezirksfreien Städten gewählt wird. Bei der Entscheidung über die Auslegung von Landes- oder Reichsgesetzen hat der Kreisausschuss nur beratende Stimme.

C. Vorschläge zu Aufgaben der Gemeinden.

I. Wirtschaftliche Aufgaben der Gemeinden.

Den Gemeinden und der Vertretung der Bezirke liegen neben den sonst im Gemeindeverfassungsgesetz vorgesehenen Aufgaben noch die folgenden ob:

a) Versorgung mit Gas, Wasser, Elektrizität und Brennmaterial.

b) Das Verkehrswesen (Personen- und Frachtbeförderung durch Fahrwege, Straßenbahnen, Kleinbahnen), und zwar innerhalb des Gemeindebezirks oder Verbandsbezirks.

c) Erzeugung, Beschaffung, Lagerung, Verarbeitung und Vertrieb von Nahrungs- und Genussmitteln, gemeindliche Milchversorgung, Molkereien, Verfertigung von Bier, Wein, und Schlachthöfen, Schlächtereien, Brauereien und Speisewägen.

d) Herstellung von Gegenständen des Bedarfs für die Gemeindeverwaltungen.

e) Druckerei, Inseraten- und Anschlagwesen.

f) Arbeitsnachweis.

g) Geldverkehr durch Gemeindeparkassen.

h) Apotheken.

i) Bestattungswesen.

Die im Besitz der Gemeinden befindlichen Güter und sonstigen wirtschaftlichen Unternehmungen müssen durch eigene Verwaltung geführt werden.

Kommunalisierung des Wohnungswesens, Schaffung von Wohnungswörtern. Der Wohnungs- und Straßenbau sind in eigenem Betriebe auszuführen.

II.

Kulturaufgaben der Gemeinden.

Förderung des Erziehungs- und Bildungswesens. Schaffung von Bibliotheken.

Kunst- und Unterhaltungsstätten sind in den Dienst der Volksbildung zu stellen.

III.

Sozialpolitische Aufgaben der Gemeinden.

Die Gemeinden und Bezirke haben, soweit nicht durch Reich und Staat Einrichtungen geschaffen sind, Renten für Sozialpolitik zu schaffen. Ihnen angeschlossen sind die Arbeitsämter, Arbeitsnachweise, Arbeitsstatistik, Armen- und Fürsorgewesen, Erwerbslosenfürsorge, Auskunftsvereine und Rechtschutz.

Pflege und Ausbau des Gesundheitswesens durch Schaffung von Gesundheitsämtern.

Die sozialpolitischen Einrichtungen sind möglichst zu zentralisieren und die Verwaltung zu vereinfachen.

Der Referent, Genosse Liebmann, stellte folgende

Ergänzungsvorschläge zu den Richtlinien für die Gemeindeverfassungsreform.

Den Vorschlägen unter A ist als Punkt 14 anzufügen:

14. Das Bestätigungsrecht der Regierung und ihrer Organe wird aufgehoben. Das Aufsichts- und Einspruchsrecht der Regierung beschränkt sich auf die Einhaltung der Landes- und Reichsgesetze. Die Regierung hat die Pflicht, die Gemeinden, die ihre Aufgaben nicht erfüllen, zur ordnungsgemäßen Erledigung ihrer Aufgaben zu veranlassen.

Die Steuererhebung der Gemeinden bedarf der Genehmigung der Regierung.

Den Vorschlägen unter B zur Reform der Bezirksverwaltung ist als Punkt 3 einzufügen:

3. Die in den Bezirksverbänden zusammengefassten Gemeinden wählen durch ihre Mitglieder in direkter Wahl eine Bezirksversammlung, die sich aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und einen oder mehrere Stellvertreter wählt.

Der Bezirksversammlung stehen die gleichen Rechte zu, wie den gewählten Gemeindevertretungen (Bildung von Ausschüssen, Dezernentenfragen).

Die Bezirksversammlung wählt einen Bezirksauschuss, der in ihrem Namen die Aufgaben des Bezirksverbands zu erledigen hat. Die Bezirksversammlung und als deren Vertretung der Bezirksauschuss sind die entscheidende Instanz des Bezirksverbands.

Die Beschlüsse der Bezirksversammlung und des Bezirksauschusses werden von den Beamten des Bezirksverbands durchgeführt.

Der erste Beamte des Bezirksverbands (der jetzige Amtshauptmann) wird von der Bezirksversammlung gewählt. Die Anstellung der übrigen Beamten bleibt der Regelung durch die Bezirksversammlung überlassen.

Der erste Beamte hat die Pflicht, in seinem Geschäftsbereich für die Einhaltung der Reichs- und Landesgesetze zu sorgen.

Ergeben sich aus der Anwendung der Beschlüsse der Bezirksversammlung und der Landes- und reichsgesetzlichen Bestimmungen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem ersten Beamten und der Bezirksversammlung oder dem Bezirksauschuss, so entscheidet die Bezirksversammlung oder der Bezirksauschuss. In solchen Streitfällen hat der erste Beamte das Recht, die Regierung als Aufsichtsinstanz anzurufen. Der Streitfall findet dann seine Erledigung in der gleichen Weise, wie bei Streitigkeiten zwischen dem ersten Beamten einer Gemeinde und der gewählten Gemeindevertretung.

Punkt 3 der Kommissionsvorschläge wird Punkt 4 und Punkt 4 wird Punkt 5.

Außerdem liegen folgende Anträge zur Gemeindeverfassungsreform vor:

23. Kreis, Plauen (Kreisgeneralversammlung). Das Zweikammerystem in den Gemeinden zu beseitigen. Auch der in den Richtlinien für die Reform der Gemeindeverfassung genannte Hauptauschuss darf nicht zur Einrichtung werden. Die Kreishauptmannschaften sind aufzulösen und in keiner Form, auch nicht als zweite Instanz, wieder einzurichten.

Groß-Leipzig (Generalversammlung). In Absatz 2 der Richtlinien statt „besoldete Stadträte“ „leisende Gemeindebeamte“ zu setzen. Gemeindevertreter-Konferenz, Bezirk Heidenau. Resolution. Die Gemeindevertreter-Konferenz des unteren Bezirks erwartet vom Minister des Innern, Genossen Lipinski, dass er nichts unversucht lässt, sofort den Entwurf zur Gemeindeverfassung im Sinne unserer grundsätzlichen sozialistischen Gemeindepolitik zu gestalten. Das sogenannte Zweikammerystem muß mit der Reform beseitigt werden. Von der U.S.B.-Fraktion des Landtags muß verlangt werden, daß sie von unsern jahrelangen Forderungen nicht abweicht und eine Gemeindeverfassung schafft, die auf längere Zeit dem Umwägungsprozess standhalten kann.

Das Referat des Genossen Liebmann über die Reform der Gemeindeverfassung.

Durch die Resolution ist die Reform der Gemeindeverfassung in ein aktuelles Stadium getreten. Die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes ist ein Stück der Reform.

Die Fortführung der Reform muß die Beseitigung der alten Gemeindeverfassungen bringen. Deshalb zeigen sich die Reformbestrebungen in ganz Deutschland, wie die Verhandlungen des Städtetages in Stuttgart bewiesen haben. Dabei hat sich gezeigt, daß die bürgerlichen Kreise bestrebt sind, die Reform auf die Beseitigung der staatlichen Einschränkung des Gemeindelebens zu beschränken, während die Reform auf innerem Gebiete der Gemeindeverfassung, die konsequente Anwendung des allgemeinen Wahlrechtes, von den Bürgerlichen bekämpft wird. Ein Beweis dafür ist die Ablehnung des U.S.B.-Antrages auf dem Städtetage, der verlangte, grundsätzlich müsse anerkannt werden, daß nur die gewählten Gemeindevertreter die Entscheidung über Gemeindeangelegenheiten haben sollen. Das Bürgerium will sich die Ge-

meinden als Bollwerk seiner Herrschaft erhalten. Wir wollen dem Willen der Gemeindeglieder ohne Einschränkung Geltung verschaffen, weil erst dann die sozialistisch denkenden Gemeindeglieder die Möglichkeit haben, sozialistische Gemeindepolitik zu treiben. Von diesem Standpunkt aus haben wir in Sachsen die Reform zu betrachten, wobei wir wohl wissen, daß die sozialistische Gemeindepolitik in Sachsen ihre Grenzen an der Reichsverfassung findet.

Die sächsische Parteigenossenschaft hat der Gemeindeverfassung die größte Aufmerksamkeit gewidmet. Das kommt auch zum Ausdruck in dem Minimalprogramm der U.S.B. über den Eintritt in die Regierung, in dem es heißt: „Bekleunigte Durchführung der Gemeindeverfassung auf der Grundlage freier Selbstverwaltung.“ Die sächsischen Parteigenossen haben sich auch bereits am 29. März 1921 auf einer Gemeindevertreterkonferenz in Dresden speziell mit der Reform beschäftigt. Auf dieser Konferenz war angeregt worden, einen Ausschuss mit der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes über die Reform zu beauftragen. Es wurde aber eine Kommission eingesetzt mit dem Auftrage, Richtlinien für die Reform der sächsischen Gemeindeverfassung auszuarbeiten. Meine Aufgabe ist es nun, der Landesversammlung über die Tätigkeit der Kommission Bericht zu erstatten.

Die Wahl der Kommission wurde der Landtagsfraktion übertragen, von der Konferenz wurde Genosse Semmler-Limbach in die Kommission gewählt.

Die Kommission setzte sich zusammen aus dem Genossen Semmler-Limbach; aus den Mitgliedern der Landtagsfraktion Bühring, Dennhardt, Liebmann, Müller; ferner gehörten der Kommission die Genossen an: Seger-Leipzig, Schütze-Coschabe, Rebrin-Quasnik, Gen-Grümm. Außerdem nahm Genosse Lipinski beratend an den Sitzungen der Kommission teil.

Die Kommission beauftragte in der ersten Sitzung nach der allgemeinen Aussprache die Genossen Schütze und Liebmann mit der Formulierung der Vorschläge zur Gemeindeverfassungsreform. Die Formulierung ist mit kleinen Abweichungen in den gedruckt vorliegenden Richtlinien niedergelegt.

Allgemein waren die Kommissionsmitglieder der Auffassung, daß die Beratungen schon viel früher hätten aufgenommen werden müssen und daß wertvolle Zeit verloren war. Uebereinstimmend herrschte die Ansicht, daß die Reform einheitlich für alle Gemeinden sein müsse. In Sachsen gibt es jetzt sechs verschiedene Arten von Gemeinden, damit muß aufgeräumt werden.

Der Punkt 1 der Richtlinien verlangt die Beseitigung der unterschiedlichen Verfassungsbestimmungen für alle Gemeinden. Der prinzipiell wichtigste Grundsatz für die Reform ist im Punkt 2 formuliert.

Der im Punkt 2 ausgesprochene Grundsatz: „die besoldeten Stadträte sind ausführende Organe der gewählten Gemeindevertreter“ muß in seiner Konsequenz die Folge haben, daß die Vorrechte der Gemeindevorstände und Bürgermeister aufgehoben, daß ihre Funktionen an die gewählten Gemeindevertreter übergehen. Diese Konsequenz ist im Punkt 3 formuliert.

Ueber den Punkt 3 bestand in der Kommission abweichende Meinung. Eine Minderheit der Kommission war der Auffassung, die Übertragung der Befugnisse der Gemeindevorstände und Bürgermeister sei praktisch unburchführbar. Sie waren deshalb für die Streichung dieses Satzes, ebenso gegen den Satz im Punkt 4 „der Vorsitzende vertritt die Gemeinde nach innen und außen“.

Die Minderheit des Ausschusses sagte: der besoldete Gemeindevorstand oder Bürgermeister muß an der Spitze der Gemeindeverwaltung stehen. Ein aus der Mitte der gewählten Gemeindevertreter gewählter Vorsitzender könne die Gemeindeverwaltung gar nicht übersehen, er müsse die Verantwortung für die Handlungen des besoldeten Gemeindebeamten tragen. Er werde abhängig von den besoldeten Gemeindebeamten und sei nur dessen Strohmann. Deshalb schlug die Minderheit vor:

Der Bürgermeister ist der Vorsitzende der gewählten Gemeindevertretung; er vertritt die Gemeinde nach innen und außen.

Dagegen wurde eingewendet: die Stellung eines besoldeten Beamten zum Vorsitzenden beeinträchtigt das Recht der gewählten Gemeindevertreter, einen Mann ihres Vertrauens zu wählen. Wenn der gewählte Vorsitzende seine Aufgaben nicht ehrenamtlich erfüllen könne, müsse er entsprechende Aufwandsentschädigung bekommen, so daß er sich ohne Ausübung eines anderen Berufes der Erfüllung seiner Vorherrschaftspflicht widmen könne. Die Landesversammlung hat nun zu entscheiden, ob der Grundsatz gelten soll, daß es für niemand in der Gemeindeverwaltung eine bevorzugte Stellung geben soll oder ob den praktischen Bedenken der Minderheit entsprochen werden soll.

Der Rechtssozialist Edmund Fischer hat einen Entwurf zu einem Gesetz über die sächsische Gemeindeverfassungsreform veröffentlicht, in dem vorgelesen ist, daß ein Viertel der Gemeindevertreter besoldete, von der Gemeindevertretung gewählte Gemeindebeamte sein können, die in den Fragen ihres Geschäftsbereiches Stimmrecht haben. Diese besoldeten Mitglieder werden auf sechs Jahre gewählt, während die in direkter Wahl gewählten Gemeindevertreter alle drei Jahre gewählt werden sollen. Demnach würde sich also das Stadtverordnetenkollegium in Leipzig auf 54 Vertretern zusammensetzen, die von den Gemeindegliedern in direkter Wahl für drei Jahre gewählt werden, und aus 18 besoldeten Gemeindebeamten, Bürgermeistern und Stadträten, die in indirekter Wahl, nämlich durch das Stadtverordnetenkollegium auf sechs Jahre zu wählen sind.

In der Stellung der berufsmäßigen Gemeindebeamten liegt der grundsätzliche Unterschied zwischen Fischer und der Kommissionsmehrheit. Die zur Entscheidung stehende Frage lautet: Sollen die Beamten Mitglieder der gewählten Körperschaft sein? Sollen die Bürgermeister von Berufs wegen Vorsitzende einer gewählten Körperschaft sein? Der Grundsatz, daß nur die von den Gemeindegliedern in direkter Wahl gewählten Vertreter entscheidendes Stimmrecht in den Gemeindeangelegenheiten haben dürfen, vertritt sich nicht mit der Regelung, die Fischer anstrebt.

Der Punkt 5 der Richtlinien behandelt die Ausschüsse. Diese Ausschüsse sollen der Verfassung die Elastizität geben, die sie so wohl für die kleinen als auch für die großen Gemeinden geeignet macht. Heute besteht im Ratkollegium die Zusammenfassung der Gemeindeverwaltung. Wir wollen die Ratkollegien aufheben, an ihre Stelle tritt die gewählte Gemeindevertretung. Aber der vielseitig gegliederte Organisationsapparat der Gemeindeverwaltung muß aufrechterhalten werden. Finanz-, Bau-, Verkehrs-, Gesundheitswesen, Wohnungsfürsorge, Armenpflege, Soziale Aufgaben der Stadt usw. müssen in besonderen Verwaltungsabteilungen, zusammengesetzt sein. Für die Verwaltung dieser Gebiete sollen neue aus dem Kreise der gewählten Gemeindevertreter Ausschüsse gewählt werden. Die Stadträte sollen nur als Abteilungsleiter der Beamten wirken, Vorlagen ausarbeiten usw. Die Entscheidung in den Abteilungen treffen aber nicht mehr die Stadträte, sondern die gewählten Ausschüsse. Die Minderheit der Kommission beantragte aus Zweckmäßigkeitsgründen: „Die Ratmitglieder (Dezernenten) haben in den Ausschüssen Stimmrecht.“ Zur Begründung wurde gesagt: den Stadträten müsse die Verantwortung mit auferlegt werden. Dagegen wurde eingewendet, daß nicht nur von allen Stadträten,





## Lichtspiele Alberthalle

Nur noch 3 Tage!  
Das Tagesgespräch von Leipzig:

Der mit Spannung erwartete Sensationsfilm

# Der Held des Tages

7 Akte In der Hauptrolle 7 Akte  
der deutsche Schwergewichtsboxer

## Hans Breitensträter

Eine Sensation jagt die andere!

Außerdem:  
**Die Liebe des Bohemien**

Tollstes Lustspiel in 2 Akten

Nur für Erwachsene über 18 Jahre

In ganz Leipzig spricht man von dem kolossalen Kriminal-Schlager

# Die eiserne Acht

der im

## Königs-Pavillon und Kasino-Lichtspiele

Promenadenstraße 8 Neumarkt nur noch 3 Tage läuft.

Hierzu ein gepfeffertes glänzendes Lustspiel.

## 40000 Mark Belohnung

sind ausgesetzt für die Ergreifung des entsprungenen Sträflings, der in diesem sensationellen Filmwerk die Hauptrolle spielt

## LICHT-SCHAUSPIELHAUS

Vom 12. bis 14. Juli 1921  
Das gr. weltgeschichtl. Koloss.-Filmwerk aller Zeiten

# Danton, der Löwe der Revolution.

7 Riesen-Akte

Das tragische Ende eines Volkshelden. Die Diktatur des Schreckens. Wie das Ringen u. Wüten elementarer Urganalzen folgt sich die gewaltige Tragödie der franz. Revolution dem Auge der Nachgeborenen. — In wichtiger Handlung ziehen die düsteren Gestalten eines Robespierre, St. Just u. andere Schreckensmänner am Auge des Zuschauers vorüber.

Selten wurde ein Filmwerk mit solch ungeheurer Spannung erwartet und erzielte einen solchen Erfolg, wie diese Menschheitstragödie.

In den Hauptrollen:  
**Emil Jannings, Werner Krauss, Hilde Wörner, Ed. von Winterstein.**

Hierzu ein weiteres erstkl. Lustspiel-Programm.  
Täglich Einlaß 5 Uhr. Anfang 5 1/2 Uhr.

**EISENBAHNSTR. 74 SCH**

## Lichtspiele Zschocher

Telephon 40960 Inhaber: M. Raschke  
Ab Dienstag, den 12., bis Donnerstag, den 14. Juli:

# Lotte Neumann

Die verbotene Frucht

Nach dem Roman von Paul Oskar Hoewer  
5 Akt. (als Roman im Verlag Ullstein & Co.) 5 Akt.

## Albert Bassermann

Die Nächte des Cornelius Bronweck  
Schauspiel in 5 Akten  
Einlaß 5 Uhr.

Sofort verfilmt unter Garantie samt Brut und Rissen Kopf-, Kleider- und Filz- und Linsen geschliffen, gebohrt, gelichtet, bei Mensch und Tier für Wunden unschädlich.

Verkauf nur Schletterstr. 12; Gohlis, Neuh. Hall. Str. 57; Neumarkt, Lind. Josephstr. 17; u. Köhlig, Kantische Gasse 3; Georga Fernscher, L. Modau, Modauer Straße 22.

## Weisse Wand

Ab heute: Nur für Erwachsene!  
Der mit großer Spannung erwartete Sensat.-Film

# Sträflingsketten

I. Teil Der Schrei aus der Verbannung. I. Teil  
Hauptrolle: Leo Parry, Violetta Naporska.  
8 gewaltige spannende Abteilungen 8

## Der falsche Schein

(Die Geschichte einer unglücklichen Ehe)  
4 tiefergreifende Akte 4

Nur für Erwachsene!

Lützner LI LI Straße 19

## Lindenauer Lichtspielhaus

Täglich 8 Uhr: Der bekannte und beliebte

# Kapellmeister G. Brendel

Ab Dienstag:  
**Das Gesetz der Wüste**

Aufsehenerregender Filmroman in 6 Kapiteln  
dazu Pension Distel  
Tollstes Lustspiel in 3 Akten

### Kleiner Anzeiger

### Arbeitsmarkt

## Zunger, erfahrener Zurichter-Gehilfe

Für sofort zur Leitung einer auswärtigen Zurechterei gesucht. Derselbe muß den gesamten Zurechtereibetrieb beherrschen, an selbständiges, äußerst lauberes Arbeiten gewöhnt sein und selbständig disponieren können. Es wollen sich nur solche melden, die obige Bedingungen voll erfüllen. Angebote mit Alter, bisheriger Tätigkeits- und Gehaltsansprüchen unter G 8 an die Expedition d. Bl. \*

### Anzüge Manchester - Joppen Kosen

goldbraun ..  
Manchester  
engl. Leder  
verkauft billig

## Barth

Grosso Fleischergasse 1.

### Gelenkheftverkauf!

1 Posten Damenwäpche  
nur an Private billigt  
auch Kücken zu verkaufen.

Herbertstr. 2b II. Stock  
Mitte.

W. Möbel-Verkauf, Schr. Bert. Bettf. Tisch. St. Ko. Mollkestraße 58, wirt. links.

Gebr. Möbel Kämpfer,  
Katharinenstraße 2, Hof 1.

Bettstelle m. Matr., 125 Mk.  
Köllner Sternwartenstr. 30, III.

Bettstelle m. Matr. zu verk.  
Go. Scheubitzer Str. 28, I. I.

Guterh. Bettstelle m. M. eif.  
Kbbettf. Mariannenstr. 98, v. r.

Saub. Bettstelle m. M. 150 Mk.  
zu verk. Wigandstr. 15, II. r.

Eisen. Kindergitterbett mit  
Matr., Klappwagen billig.  
Neuh. Weidtorstr. 18, I. r.

Nähmaschine, gut nähend,  
350 Mk., Pl., Birkenstr. 8, v. r.

Serrenrad, wie neu, verkauft  
billig Burgstraße 12, II. r.

Kirch. S.-u. D.-Rad, gel. billig  
Trübler, Kohlgartenstr. 44, II.

Billig. Da. u. Frn.-Rad, Brill.  
Trübler Wintergartenstr. 7, S. I.

Serrenrad m. Freilauf, neu  
Berell, wenig gef. preisw. zu  
verf. Alt. Reihner Str. 42, S. v. r.

Guterh. Kinderwagen, gut erh.  
Korb, Kindartstr. 5, II. M.

Klappw., 100. \* 2. Markfr. 9, III. r.

Promen. u. Klappw., kaum  
billig Mollkestr. 44, Laden.

Sitz u. Liegewagen, guterh.,  
zu verf. Pl., Calviusstr. 25, III.

Guterh. gef. Klapp-  
Klappwagen, mit u. ohne Ver-  
gepolst. Klappstuhl billig zu  
verk. Pl., Birkenstr. 8, v. r.

Klappw. bill. Wurzen Str. 68, I. I.

Waschwanne billig  
Mollkestraße 44, Laden.

Küchenherd, Reg., Arbeitstaf.  
u. Pl. Wd., Warburgstr. 9, S. r.

Knochenknetmaschine, Ia.  
Sunde, Badewanne 35 Mk.,  
7 Tisch, kleine Dunsthitze  
für kleinen Hund, Weissteig,  
Kegal, 250 hoch, 100 Br. v. Pl.  
Bohlslawstraße 16, Köhler.

### Taschen-Uhren kauft Uhrmacher Urban Spezialist für Reparaturen Wilschstraße 26.

### Zuverlässig, Erdemmann nicht H. Matthes, Lindenbal. I.

## Straßenhändler

auch Frauen, für Zeitungs-  
verkauf bei festem Aufschuß  
teilt ein. Zu melden 3-6 Uhr  
Königsstraße 3  
Hofeingang I., bei Richter.

### Nebenverdienst! Verkaufshilfe!

Für mein Strumpfwaren-  
Detailgeschäft suche zur Aus-  
hilfe einige erprobte  
Verkaufserinnen.

Berheiratete Frauen, welche  
früher in gleicher Eigenschaft  
in der Bekleidungsbranche  
tätig waren, würden zur Be-  
orgung ihres Haushaltes  
einige Vormittagsstunden ge-  
währt werden können. Zu  
melden mit Zeugnissen von  
11-5 Uhr bei

F. B. Eulitz, Geismalliche  
Straße 30.

Zigarren-Rollerinnen  
u. Wickelmacherinnen  
teilt sofort ein A. Schilling,  
Blöcher Weg 16, Berl. W. B. H. I.

15-17j. Mädchen zu zwei  
und jüngeren Mann  
u. Mädchen sofort gesucht.  
Burgdorf b. Riechitz,  
Gut Nr. 2.

## ! Uhren! Revolution

Verkaufe recht billigst  
gute Uhren, sehr schöne  
Damenuhren m. Goldrand,  
echt verfilbert, 46.4  
schm mit Kette, 75.4  
beste Baden-Welder 39.4  
feinste Gelegenheitsuhren

## Walther Lorn

Johannisstraße 15.

### Partie- Schuhwaren

Ein Vollen Turnschuhe  
u. Sandalen Sportbillig  
Sellers Partie-Geschäft  
4 Goldhahnäpfchen 4.

## Spottbillig Getragene und neue Anzüge

## Hosen

Militär-  
schwarze  
Arbeiter-

nur prima Qualitäten u.  
feinste Schneider-Arbeit  
u. sämtliche Schuhwaren  
kaufen Sie wie alle  
kaufen beim billigen  
Kanner

Eisenbahnstraße 5.  
2 Anzüge, Karte Figur,  
Militär-Hosen 85.4 verkauft  
Kisch, Wilschstr. 30, Pl.

## Herren-Garderobe Saison-Ausverkauf

zu enorm herabgesetzten Preisen

Prelasnachlass zum Teil bis 400 Mk.

Da ich in meinem seit 40 Jahren bestehenden bestrenommierten  
Geschäft keine minderwertigen Waren führe, kommen nur

### gute und beste Qualitäten

in tadelloser Verarbeitung zum Verkauf

Schlüpfer . . . . . von Mk. 400.- an	Winterjoppen . . . von Mk. 65.- an
ff. Anzüge . . . . . von Mk. 500.- an	Hosen . . . . . von Mk. 48.- an
Lüsterjacketts . . . von Mk. 140.- an	Gummimäntel . . . von Mk. 350.- an
Cutaways und Westen . . . . . von Mk. 500.- an	

## J. Kindermann Neumarkt 1

1. Etage, kein Laden.

Jeder benutze diese selten günstige Gelegenheit, der Herbst  
bringt wieder Preissteigerung.

### Pa. Käufer- Schweine

in all. Größen  
billig zu verkaufen. Mehnert,  
Stahmeln Nr. 27.

Schön gezeichnete ja. Sünd-  
chen, Schäferhund sehr bill.  
u. Pl., Birkenstr. 8, v. r.

### Vermischte Anzeigen

#### Ehrenerkärung.

Hiermit nehme ich die gegen  
Fräulein Lina Spröda  
getane Verurteilung zurück.  
Babis, Minna Peter.

Die Verkäuferin vom Bild-  
seit der Landw. Ausstellung  
wird um sofort. Angabe ihrer  
Adr. u. P. 14 a. b. Exp. d. Bl. geb.

### Massage-Unterricht

mit ärztlich. Prüfung  
Am 18. 7. beginnt ein  
neuer Abend-Kursus  
Anmeldung täglich.  
Institut B. Säuber,  
Dumboldstraße 5, I.

### Verkäufe

Vempel zur Siegelackfabrikat.  
verf. Off. u. R. 15 a. Exp. d. Bl.

1 Post. Kleider- u. Blusenstoff  
Mtr. 12.4 Gerberstr. 5 Tr. B. I.

Hemden f. Damen 18.-  
f. Herren 14.-  
Hemdenbarchent . . . m 8.-  
Körper-Inlett . . . m 20.-  
Bettbezug u. Kissen . . 70.-  
Bettuch . . . . . St. 25.-  
Sands u. Wischtuch St. 5.-  
Sembdentische, Messel,  
Stidereien sehr preiswert.  
Kohlgrabenstr. 29, I. 1.  
Wilschhofa 350, Sina. Nähm.  
276 v. Pl., Kapellenstr. 9a, v.

Ein Sofa zu verkaufen, Pl.,  
Albertiner Straße 65, IV. r.

Chaiselongue, Kleiderst.,  
Furgard., Patent-Matratze  
Grimmer, Konradstr. 33b, v.

Kleiderst., Pl., Kuchenschrank,  
Komm. Pl., Schmeibstr. 7, v.

Schrant, Komm., Bett m. M.  
Küche 280, Kohlgrabenstr. 30 v

1 Bettstelle mit Matratze,  
1 großes Aquarium, 1 Braut-  
kleid, preiswert zu verkaufen.  
Lobstr. 25, IV. links.

Nähmaschine, Rundschiff, v. r.  
Kisch, Wilschstr. 30, Pl.

Achtung Radfahrer!  
Fahrrad-Haus Pötsch,  
Taubehonweg 86

Billige Bezugsquelle f. Rad-  
fahrer, faml. Reparaturen.

Fahrräder von 440 Mk. an,  
Eulischstraße von 13.50 an,  
Vaukeden von 42 Mk. an,  
Zubehör u. bill. Tagespreisen

Beyer Steinweg 33

### Kaufgesuche

#### Kaufe Herren-Garderobe Militär-Sachen \*

Gehrod. Anzüge, Betten,  
Bett- u. Leibw., Leibhausch,  
Klink, Kantische Gasse 8, v. r.  
Strassenbahn b. Wartenberg

Sämtliche Herren-Garderobe  
kauft Hahn, Lange Str. 10, I. \*

Bettwäpche, neu u. gebraucht,  
w. u. b. Leibw., Baby- u. Tisch-  
wäpche, Anlett, saub. Feder-  
betten, leicht, 100 Br. v. Pl.,  
Brühl 11, III., Barberhaus.

Küchenherd zu kaufen gel.  
Hofmann, Pl., Kapellenstr. 9a

Gold- u. Silberw., Uhren,  
Platin kauft Israel,  
Promenadenstr. 5, Pl. I \*

Suche sof. zu ff. Herren-Rad  
mit Freilauf, Off. Lindenau,  
Birkenstraße 8, Bretschneider.

### I. Berleib-Institut

feiner Gesellschafts-Anstalt

## J. Kindermann

Neumarkt 1, 1 Treppe.

### Wohnungen

#### 1-3 leere Zimmer

von jungem Ehepaar in der  
Umgeb. Leipzigs zu miet. gel.  
Off. u. M. 10 III. Linden. St. 23

#### Wohnungstausch

moderne, erst vorgerichtet,  
2 St. 1 große Kammer, Küche,  
Zubeh., elektr. Licht, Gas, ge-  
w. St. 23 modern, modern  
Wohn., Born. Str. 130, II. Rother.

Inserate sind nicht an die  
an die Expedition adressieren